



Keine Masken-Bussen in der Fussgängerzone

Der Nationalrat will Ordnungsbussen gegen Maskenverweigerer erlauben, geht aber weniger weit als der Bundesrat

FABIAN SCHÄFER

Das Thema ist emotional aufgeladen: Ein kleiner, aber lautstarker Teil der Bevölkerung scheint enorme Mühe mit dem Tragen einer Hygienemaske zu haben. Gelegentlich entsteht der Eindruck, die Pflicht, das Gesicht zu bedecken, bedrohe die bürgerlichen Freiheiten. Und so ist der Nationalrat am Dienstag vorsichtig zu Werke geschritten, als er bei der Debatte über das Covid-19-Gesetz unter anderem über die Masken entscheiden musste. Konkret ging es um die Frage, wie die Polizei mit Personen umgehen soll, die sich weigern, eine Maske zu tragen, oder die andere Schutzmassnahmen nicht befolgen.

Bis anhin gibt es nur eine umständliche und langwierige Möglichkeit: Wer Corona-Auflagen des Bundes oder des Kantons nicht beachtet, kann einzig im Rahmen eines ordentlichen Strafverfahrens sanktioniert werden. Der Bundesrat will das ändern. Wie bereits während der ersten heissen Phase im Frühjahr sollen die Polizisten in leichten Fällen rasch und unkompliziert Ordnungsbussen von 100 Franken ausstellen können, wenn sich jemand nicht an

die grundlegenden Regeln hält.

Heftige Kritik an Kantonen

Dieser Vorschlag ist im Nationalrat auf eine breite Unterstützung gestossen. Einzig die SVP sprach sich grundsätzlich dagegen aus. «Die wenigen, die sich nicht an die Regeln halten, werden schon von der Gesellschaft darauf aufmerksam gemacht», befand Nationalrat Albert Rösti. Die anderen Fraktionen unterstützten den Vorschlag, der insbesondere einem Wunsch der Kantone entspricht und den administrativen Aufwand reduzieren soll. Eine gewisse Skepsis kam jedoch auch bei Teilen der FDP und der CVP zum Ausdruck. CVP-Nationalrat Nicolo Paganini zum Beispiel störte sich daran, dass es just die Kantone sind, die Maskenverweigerer büssen wollen: «ausgerechnet die Kantone, die sich um die Pandemiepläne foutiert hatten und zu Beginn der Pandemie ohne ausreichenden Maskenbestand dastanden». Damit hätten sie massgeblich dazu beigetragen, dass der Bund lange kommunizieren musste, Masken brächten Gesunden keinen Mehrwert. Die CVP hat den Vorschlag aber trotz allem unterstützt.

Skeptiker gab es auch in der FDP. Allerdings betonte Nationalrätin Daniela Schneeberger, man müsse den gesellschaftlichen Aspekt sehen: «Viele Leute haben Angst vor dieser Krankheit.» Es gehe nicht um Freiheit und Eigenverantwortung, sondern darum, diejenigen verhältnismässig büssen zu können, die mit dieser Angst auf provokative Art spielten.

Eine wesentliche Änderung

Die breite Zustimmung ist auch damit zu erklären, dass der Nationalrat die Pläne des Bundesrats in einem wesentlichen Punkt abgeändert hat: Wer in belebten Fussgängerzonen und an anderen dicht bevölkerten Orten unmaskiert unterwegs ist, verstösst zwar gegen die Regeln, soll aber nicht mittels Ordnungsbussen bestraft werden. Somit wären hier weiterhin nur ausgewachsene Strafverfahren möglich. Kein Problem hat der Nationalrat dagegen mit Bussen für Maskensünder an Bahnhöfen und Bushaltestellen. – Am Mittwoch debattiert der Ständerat über die Vorlage.